

Gedanken eines „besorgten Bürgers“ zum 380-kV-Projekt in Kärnten

Die 380-kV-Leitung „Netzraum Kärnten“ wird von APG und Politik als Jahrhundertprojekt gefeiert. Rund 190 Kilometer Leitung, etwa 500 Masten, 36 betroffene Gemeinden – ein Eingriff, den hunderttausende Menschen in Kärnten und Osttirol über Generationen täglich vor Augen haben werden. Für viele von uns ist dabei vor allem eines spürbar: Wir werden mit den Folgen leben müssen, ohne wirklich gefragt worden zu sein.

Was die Menschen wirklich trifft

Wer künftig unter oder in Sichtweite dieser Leitung wohnt, wird sich über vieles „wundern“: über das leise, aber allgegenwärtige Surren bei feuchtem Wetter, über den „Mast im Wohnzimmerblick“, über eine plötzlich negative Lagebewertung, weil eine Hochspannungsleitung als technische Fremdkörper-Symbol in der Landschaft steht.

Studien und Gutachten zu Hochspannungsleitungen und Wohnimmobilien zeigen:

- Wertminderungen sind real – je näher und sichtbarer die Leitung, desto größer der Abschlag.
- Käuferkreis und Nachfrage schrumpfen, Verhandlungspositionen kippen – Nachlässe nach unten werden zur neuen Normalität.

Ein eklatanter Missstand: Eigentümer:innen von Wohn- und Ferienimmobilien in Sicht- und Hörweite tragen diese Verluste meist allein. Entschädigungen gibt es in der Regel nur dort, wo Leitungsrechte direkt auf dem Grundstück eingetragen oder Flächen enteignet werden. Anrainer neben der Trasse bleiben rechtlich weitgehend ungeschützt – ihr wirtschaftlicher Schaden wird stillschweigend als „Kollateralschaden der Energiewende“ hingenommen. Das ist soziale Schieflage, kein fairer Ausgleich.

Widersprüche beim „zwingenden Strombedarf“

Ein zentrales Argument für das Projekt lautet: Der Strombedarf in Kärnten werde in den nächsten Jahren stark steigen, deshalb sei der Ausbau der Netze alternativlos. Wer genauer hinschaut, erkennt Widersprüche.

Die IV Kärnten bezeichnet die 380-kV-Leitung als „unerlässlich“ für die Versorgung und als Basis für Wachstum energieintensiver Industrien – spricht gleichzeitig aber von Stagnation, Investitionszurückhaltung und drohendem Beschäftigtenabbau in der Kärntner Industrie. Kurzfristig schwache oder rückläufige Industrieproduktion wird also mit langfristig stark steigenden Lastprognosen begründet. Das passt nicht zusammen.

Gleichzeitig zeigen nationale Pläne wie der integrierte Netzinfrastukturplan (ÖNIP), dass es in erster Linie um einen österreichweiten 380-kV-Ring, um Transitfunktionen und Systemstabilität geht – nicht nur um den lokalen Mehrbedarf einiger Kärntner Betriebe. Der ÖNIP arbeitet mit Szenarien, Annahmen und Modellrechnungen; er ist ein Rahmenplan, kein naturgesetzlicher Beweis dafür, dass genau diese Trasse in genau dieser Form alternativlos ist.

Transparenzlücke: Antworten, die ausweichen

Wer auf der APG-Partizipationsplattform kritische Fragen stellt, etwa zu lokalen Lastprognosen, Alternativen zur Trasse oder Erdverkabelung in sensiblen Bereichen, erhält häufig Standardantworten mit Verweis auf den ÖNIP und „fachliche Grundlagen“. Wer sich die Mühe macht, die frei zugänglichen Unterlagen zu lesen, erkennt schnell:

- Der ÖNIP beschreibt einen energiepolitischen Rahmen und grobe Transportkorridore.
- Er beantwortet nicht die Frage, warum eine 380-kV-Freileitung durch Siedlungs- und Tourismusräume in Kärnten führen muss und nicht z.B. abschnittsweise verkabelt oder in weniger sensible Räume verlegt wird.

Ein unabhängiger Gutachter würde hier klare Mindeststandards anlegen:

- Offenlegung regionaler Last- und Bedarfsszenarien für Kärnten,
- nachvollziehbarer Alternativenvergleich (andere Routen, größere Abstände, Erdverkabelung),
- Bewertung der volkswirtschaftlichen Folgekosten in den Gemeinden (Wertverluste, Tourismus, Landschaft, Gesundheit).

Was ein kritischer Diskurs jetzt braucht

Dieses Projekt ist ohne Zweifel groß – aber „groß“ ist nicht automatisch „gut“. Es geht nicht darum, Energiewende oder Versorgungssicherheit zu blockieren. Es geht darum, die Kosten und Lasten fair zu benennen und zu verteilen:

- Wer trägt die langfristigen Wertverluste an Häusern und Höfen entlang der Trasse?
- Warum werden Erdverkabelung und alternative Routen oft nur am Rande erwähnt, obwohl selbst staatliche Umweltberichte ihre Vorteile für Landschaft und Akzeptanz anerkennen?
- Und warum reicht es im öffentlichen Diskurs noch immer, wenn zentrale Widersprüche – etwa zwischen realer Wirtschaftslage und hochgerechneten Bedarfskurven – nicht konsequent hinterfragt werden?

Dieser Artikel versteht sich als Einstieg in eine Reihe von Beiträgen, die genau das tun wollen: Fakten sortieren, Widersprüche offenlegen, Betroffenen eine Stimme geben – und den Anspruch an eine Energiewende formulieren, die technisch notwendig, ökologisch sinnvoll und sozial fair ist.